

Ressort: Politik

Ökonomen fordern Zahlungsstopp für Griechenland

Berlin, 05.06.2015, 15:03 Uhr

GDN - Mehrere Ökonomen haben sich dafür ausgesprochen, Griechenland keine weiteren Kredite zu gewähren. "Es kann in den Verhandlungen zwischen den Gläubigerinstitutionen und Griechenland nicht darum gehen, sich irgendwo zwischen den Positionen, geschweige denn in der Mitte zu treffen", sagte der Wirtschaftsweisen Lars Feld dem "Handelsblatt".

Griechenland habe im Gegenzug gegen Kreditzahlungen zugesagt, bestimmte Reformen durchzuführen. "Wenn die neue Regierung diese nicht durchführen will, darf sie auch keine weiteren Kredite erhalten." Der Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, pflichtet dem bei und unterstreicht: "Die Lösung der Griechenlandkrise wird entscheiden, ob die Eurozone zu einer Stabilitätsunion oder einem Schuldensumpf wird." Aus Sicht des Wormser Wirtschaftsprofessors Max Otte wäre es konsequent gewesen, "die Hilfszahlungen viel früher einzustellen. Die Latte ist bereits mehrfach gerissen worden", sagte er dem "Handelsblatt". Otte hält auch einen Euro-Ausstieg Griechenlands ohne große Ansteckungseffekte auf andere Krisenländer für möglich. Der Euroraum und der Euro-Rettungsfonds ESM seien gewappnet. "Nach einer Schrecksekunde könnten die Märkte schnell merken, dass dies die Wende zu einer vernünftigeren Euro-Politik war", sagte er. "Dann würde es mit Europa aufwärts gehen." Ifo-Chef Sinn hält die Wirkungen eines Euro-Verbleibs Griechenlands sogar wesentlich problematischer. Es gebe dann Ansteckungseffekte vor allem auf dem Wege über politische Prozesse und die Staatsfinanzen. "Diese Ansteckungseffekte halte ich für wesentlich gefährlicher als irgendwelche Marktturbulenzen, denn sie gehen an die Substanz der europäischen Wirtschaftsordnung", sagte der Ökonom. Für Härte plädiert auch der Mannheimer Wirtschaftsforscher Hans-Peter Grüner. "Weitere Kredite ohne ein tragfähiges Programm würden Nachahmer auf den Plan rufen und so die Eurozone auf Dauer zerstören. Europa darf deshalb nicht nachgeben, wenn es die Währungsunion erhalten will", sagte Grüner dem "Handelsblatt". Aus Sicht von Matthias Kullas vom Centrum für Europäische Politik (CEP) dürfen weder der IWF noch die Euro-Staaten weitere Hilfszahlungen leisten, wenn die Tragfähigkeit der griechischen Schulden nicht gegeben sei. Aus spieltheoretischer Sicht dürften die Geldgeber auch einen Euro-Austritt Griechenlands nicht um jeden Preis ausschließen, "da sie sonst ihre Reformforderungen nie durchsetzen können", sagte Kullas dem "Handelsblatt". Wenn das Konzept Geld gegen Reformen aufrechterhalten werden solle, müsse daher ein "Grexit" möglich sein.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-55674/oekonomen-fordern-zahlungsstopp-fuer-griechenland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619